

Gemeinsam leben – gemeinsam entscheiden

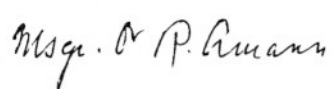


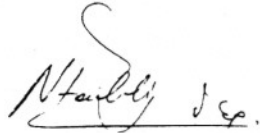
Deutsche und Ausländer leben und arbeiten seit vielen Jahren gemeinsam in unserem Land. Die Bundesrepublik Deutschland ist für viele Ausländer zur Heimat geworden. Auch wenn Spannungen aufgrund wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Schwierigkeiten oder kultureller Unterschiede fortbestehen, ist für große Teile der deutschen und ausländischen Bevölkerung das tägliche Zusammenleben inzwischen eine Selbstverständlichkeit. Freundschaften und die Erfahrung gegenseitiger Bereicherung sind keine Seltenheit mehr.

In wichtigen Lebensbereichen haben jedoch die Ausländer immer noch nicht die Möglichkeit zur Mitbestimmung. Gerade in der Kommunalpolitik, wo viele Fragen des alltäglichen Lebens

verhandelt werden, können Ausländer nicht mitentscheiden. Die Möglichkeiten, Mitverantwortung zu übernehmen und die Teilhabe am politischen Leben zu verstärken, sollten deshalb erweitert werden. Vorhandene Rechte der Mitbestimmung, etwa in kirchlichen Gremien oder in Elternvertretungen, werden allerdings nur wenig wahrgenommen. Daher bitten wir Deutsche und Ausländer, das Leitwort der diesjährigen Ausländerwoche „Gemeinsam leben – gemeinsam entscheiden“ in allen Bereichen mit Leben zu füllen.

Ein möglichst spannungsfreies und friedvolles Zusammenleben von Deutschen und Ausländern erfordert für ausländische Mitbürger eine sichere Rechtsgrundlage. Eine Verbesserung

des Ausländerrechts, wie es Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsorganisationen und vor allem die Ausländer selbst seit langem fordern, ist nun dringend erforderlich. Der Ökumenische Vorbereitungsausschuß bittet Kirchengemeinden, gewerkschaftliche Gruppen, Ausländerbeiräte und deutsch-ausländische Initiativen, Politiker zu Gesprächen einzuladen und für eine Unterstützung unserer Empfehlungen, wie sie in dem Faltblatt „Prüfsteine eines humanen Ausländerrechts“ formuliert sind, zu werben. Ein Anlaß kann die diesjährige Woche der ausländischen Mitbürger sein, die unter dem Motto „Gemeinsam leben – gemeinsam entscheiden“ vom 25. September bis zum 1. Oktober 1988 stattfindet.

Dr. Raimund Amann Dr. Jürgen Micksch Michael Mildenberger Sokratis Ntallis